

L

STADTARCHIV MANNHEIM

Archivalien-Zugang 22 / 19 80 Nr. 337

3. D. h.
w

Gehrter Herr !

Nachstehende politische Gedanken unterbreite ich zur Kenntnissnahme mit der Bitte, diese zu prüfen und wenn für nützlich befunden, durch Ihre Verbindungen ins Praktische umzusetzen, resp. in der bürgerlichen Presse zu besprechen.

- 1.) Die Entente will Deutschland bei der Friedenskonferenz auf die Anklagebank bringen und schwer abstrafen. Da nun das deutsche Reich, welches bislang ein Bund seiner Fürsten war, nicht mehr existiert, zumal auch der Reichstag von der revolutionären Regierung aufgelöst wurde, drängt die Entente auf den Vollzug der grossen deutschen Konstituante, nicht um dem deutschen Volk zu nützen, sondern um in der grossdeutschen Republik den Rechtsnachfolger des Fürstenbundes auf die Anklagebank zu setzen und zu verurteilen. Bei dieser Sachlage wäre es klüger, wenn die deutschen Staaten darauf beständen, durch eigene Delegation bei den Friedensverhandlungen vertreten zu sein, welche zwar unter sich einen Block zu bilden hätten, aber ohne staatsrechtliche Bindung. Man könnte den jungen deutschen Republiken vom demokratischen, wie republikanischen Standpunkt, welchen zu vertreten die Westmächte vorgeben, nicht gut Strafen für den alten Fürstenbund aufhängen. Wenn ich mir auch nicht einbilde, daß diese Argumente vollständig schützen werden, so würde sicherlich eine weitgehende mildernde Wirkung in Bezug auf die uns zugedachte Belastung erreicht werden. Da bei der Entente kein politisches Interesse besteht, die Bildung einer grossdeutschen Republik zu fördern, das Gegenteil dürfte der Fall sein, so glaube ich nicht, dass man von Ententesseite so unklug sein wird, die Bildung der grossdeutschen Republik dadurch zu unterstützen, dass man die deutschen Staaten solidarisch haftbar hält, also damit einen Zusammenschluss geradezu herbeiführt. Man muss weiterhin daran denken, dass die zukünftigen handelspolitischen Interessen der Ententestaaten zu den einzelnen deutschen Republiken so verschiedenartiger Natur sind, z.B. Italiens zu Bayern, Amerikas zu den Hansa-Republicen, Frankreichs und Englands zu dem Rheinland und Westfalen etc. etc. und daß sich daraus auf der Ententesseite Interessensätze ergeben werden, welche zu unsern Gunsten ausgenutzt werden könnten.
- 2.) Kein deutscher Mann kann sich der Erkenntnis verschliessen, dass die Führung Deutschlands durch Preussen und die Hohenzollern politisch versagt hat. Und nicht erst im Kriege. In den letzten 25 Jahren wurde das deutsche Reich politisch verexperimentiert von Berlin. Nun droht von dort die wirtschaftliche Verexperimentierung durch die Berliner Sozialrevolutionäre, die Vernichtung des bürgerlichen Wohlstandes Deutschlands, auf welchem in materieller Beziehung unsere Kultur beruht. Hiegegen gibt es nur ein Mittel: Los von Berlin ! Im zukünftigen grossdeutschen Bund darf Berlin nie und nimmer Reichshauptstadt bleiben. Die Reichsregierung muss den Berliner Einflüssen entzogen sein. An dieser Forderung sind die meisten preussischen Provinzen, deren Bevölkerung anders geartet ist, wie das Berlinertum im Interesse der Weiterentwicklung ihres Bürgerstandes und seiner Wohlhabenheit ebenso interessiert, wie die außerpreussischen deutschen Staaten. Das Ziel der Ausschaltung Berlins läßt sich für die preussischen Provinzen dadurch erreichen, dass sich diese einzeln oder zusammenschliessend zu selbständigen Republicen umwandeln, z.B. Rheinland, Westfalen, Hannover, Schiesien, das alte Herzogtum Pommern etc. Berlin könnte

die Republik Brandenburg werden, so wäre sein zukünftiger Einfluss reduziert auf das Maß, wie es die anderen deutschen Bundesstaaten zueinander haben. Die bürgerlichen Elemente der preußischen Provinzen werden sich die Herrschaft am ehesten erringen, wenn sie, auf dem provinziellen, lokalen Patriotismus fussend, durch Gründung von Republiken die Herrschaft des Berliner Proletariats abschütteln. Durch gegenseitige Unterstützung bürgerlich gefestigter Staaten dürften sozialrevolutionäre Bewegungen bald ganz zu unterdrücken sein. Der politische Machtwille des deutschen Volkes käme freilich am besten zum Ausdruck, ohne Sonderstaaterei in einem grossdeutschen Staat. Nach der historischen, politischen und kulturellen Entwicklung Deutschlands ist aber an eine Auflösung der deutschen Bundesstaaten zugunsten eines großdeutschen Staates nicht zu denken. Gegenteilig ergibt sich die politische Notwendigkeit zu neuen deutschen Staatsbildungen. Dem Reichsgedanken schadet die Errichtung derselben nicht. Er ist verankert im deutschen Volk und die wirtschaftlichen Notwendigkeiten drängen so sehr zur Errichtung der großdeutschen Bundesrepublik, daß die Vermehrung der Zahl der deutschen Bundesstaaten keine Gefahr für den nationalen oder den wirtschaftlichen Einheitsgedanken bedeutet. Gegenteilig werden sich die Reibungsflächen im zukünftigen deutschen Bund in dem Maße vermindern, wie die politische Hegemonie eines einzelnen deutschen Staates unmöglich gemacht wird.

- 3.) Das Schwergewicht Deutschlands in kultureller, geistiger und wirtschaftlicher Beziehung war immer am deutschen Rhein, im deutschen Süden, im alten Mitteldeutschland und in Hansastädten gelegen. Es war ein Fehler Bismarcks, ihn nach Berlin zu verlegen. Seiner Genialität gelang das Kunststück, aber nach ihm konnte nichts natürliches Politisches, Selbstverständliches wachsen. Es züchtete sich das Gebilde der Berliner spekulativen Reichspolitik, deren Kurse wechselten wie an der Börse: Hausse- oder Baisse-Stimmung-Schlussakt politisches Fallissement. Wem es ernst ist mit der Erhaltung unseres herrlichen Reiches und dem Neubau auf besserer, dauerhafterer Grundlage, muß sich klar sein, daß Berlin nicht Reichshauptstadt bleiben kann. Das wirtschaftlich kulturelle und völkisch stärkste Gebiet sind die Rheinlande und Westfalen, die Schatzkammer des Vaterlandes. Ihr droht von Berlin Vernichtung durch die Spezialrevolutionäre und von Frankreich Verlust des linken Rheinuferes. Deutschland droht der Verlust seines Rheines. Das rheinische und westfälische Bürgertum kann seinen Wohlstand unter den heutigen Verhältnissen nur noch schützen, wenn es sich den sozialrevolutionären Experimenten der jetzigen Berliner Regierung entzieht, die rheinisch-westfälische Republik bildet und sein Geschick gleich anderen deutschen Bundesstaaten selbst bestimmt. Ich glaube, daß diese Staatsgründung auch das einzige politische Machtmittel ist, mit welchem dem deutschen Volke der Rhein erhalten werden kann, da seine militärischen Machtmittel zufolge der Revolution diese Aufgabe nicht mehr zu erfüllen vermögen. Annehmbar würde England diese Staatsbildung unterstützen. Wenn dann die Zukunft das alte Köln zum Sitz der Regierung des neuen deutschen Völkerbundes machen würde, dann hätten wir "Deutschland am Rhein!" Wie lächerlich klingt für ein feinfühliges deutsches Ohr "Deutschland an der Spree!"
- 4) Die Gestaltung des neuen deutschen Völkerbundes kann erst nach der Friedenskonferenz erfolgen, weil die deutschen Staaten zufolge der unzeitigen, wie unpolitischen Revolution diejenigen Machtmittel

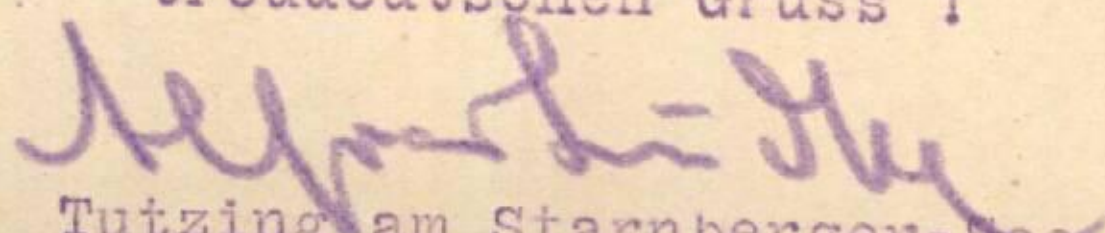
verloren haben, welche allein einem Volke die Freiheit geben, sein Geschick nach seinem Willen zu bestimmen. Die Revolution hat es dahin gebracht, dass das Geschick des deutschen Volkes nicht vom deutschen Heere, sondern von den Ententeheeren bestimmt wird. Man braucht sich diese Tatsache nur klar zu machen, um einzusehen, dass vorerst nur die einzelnen deutschen Staaten in einer Konstituante ihr Schicksal bestimmen können, nicht aber der neue deutsche Völkerbund. Ausserdem muss uns daran liegen, so schnell als möglich den Frieden zu erreichen, um über unser Schicksal und Zukunftsmöglichkeiten Aufklärung zu erhalten. Demnach liegt es nicht in unserem Interesse, die Friedenskonferenz auf den ungewissen Zeitpunkt zu verschieben, bis das Bürgertum die Berliner Sozialrevolutionäre unschädlich gemacht hat und zur Gründung der grossdeutschen Bundesrepublik schreiten kann. Auch aus diesen Gründen müssen die deutschen Staaten darauf bestehen, bei der Friedenskonferenz durch eigene Delegation vertreten sein.

- 5.) Die deutsche Revolution hat die politische Macht der katholischen Kirche und ihre Organisation nicht zerstört. Über allem Trennenden sollten die Evangelischen und freidenkerischen deutschen Bürgerkreise nicht übersehen, dass in den katholischen Organisationen eine gewaltige, das Bürgertum schützende und erhaltende Kraft steckt und dementsprechend bei den kommenden Wahlen handeln. Die Bürgerlichen Stimmen müssen in jedem Falle den bürgerlichen Kandidaten zufallen in der gegenwärtigen Situation, niemals der Sozialdemokratie. Dies spreche ich als evangelischer Christ aus in der Überzeugung, dass in der Erhaltung des christlichen Charakters der deutschen Staaten eine gemeinsame Aufgabe beider christlicher Konfessionen liegt.
- 6.) Nach Abfassung der 5 Punkte erschien in der Presse als Urkunde über den Ursprung des Krieges der Bericht des bayerischen Gesandten Grafen Lerchenfeld vom 18. Juli 1914 an die bayerische Regierung, der Telefonate vom 31. Juli 1914 etc., welche erweisen, daß die Berliner Regierung und den preußischen Generalstab zum mindesten schwerste Mitschuld am Ausbruch des Krieges treffen und die Behauptung Wilsons über die Unaufrichtigkeit der Berliner Regierung als richtig erscheinen lassen. Der Begriff "Berliner Regierung" ist durch das Bekanntwerden dieser Urkunden neuerlich so im In- und Auslande kompromittiert, dass es des deutschen Volkes Interesse ist, ihn verschwinden zu lassen durch Verlegung des Sitzes der zukünftigen Reichsregierung an einen anderen Ort. Darum nochmals los von Berlin! Denn jede neue Berliner Regierung würde als Erbschaft das Misstrauen übernehmen und den Widerwillen, welcher gegen Berlin im Auslande und dem grössten Teil des deutschen Volkes besteht, worunter die besten und ehrlichsten Absichten zu leiden hätten. Als zukünftiger Sitz der Bundesregierung erscheint mir Köln am geeignetsten, in zweiter Linie Kassel.

Es würde mich freuen, Ihre Gegenäußerung zu erhalten, wobei bemerke, daß ich nicht beabsichtige, an die politische Öffentlichkeit zu treten, vielmehr um Ihre Diskretion ausdrücklich ersuche; denn für einen Künstler schickt sich öffentliche politische Tätigkeit nicht. Meine Zeilen sind nicht als solche aufzufassen, sondern nur als gedankliche Anregung, deren Auswirkung Ihrem Ermessen anheimgestellt ist.

Gestatten Sie aus besorgtem Herzen

treudeutschen Gruss !


Tutzing am Starnberger-See
Haus Lüdke.

Dr. F. WICHERT.

Berlin W.10, den 18. Januar 1919.

Herkulesufer 11.

Herrn Aldred Lüdke, Tutzing am Starnberger See, Haus Lüdke.

Sehr geehrter Herr Lüdke.

Besten Dank für Ihr Schreiben vom November 1918, das ich mit Interesse gelesen habe. Seit Wochen ist meine politische Kriegstätigkeit abgeschlossen. Ich beabsichtige, mich von nun ab wieder mit vollen Kräften der Kunst zu widmen und werde mich in Zukunft voraussichtlich politisch nicht mehr als jeder andere Privatmann betätigen.

Hochachtungsvoll